



Jahresabschluss und Lagebericht der
Bilfinger Berger AG

zum 31. Dezember 2007

INHALT

2 – 20	Lagebericht
21	Bilanz
22	Gewinn- und Verlustrechnung
23 – 42	Anhang
43	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
44 – 45	Bestätigungsvermerk

LAGEBERICHT DER BILFINGER BERGER AG

1. Unternehmensstruktur

Die Bilfinger Berger AG ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Organe der Gesellschaft sind Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung. In der Unternehmensführung orientieren wir uns an nationalen und internationalen Standards. Die Bilfinger Berger AG entspricht mit einer notwendigen Ausnahme sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 14. Juni 2007. Unser operatives Geschäft ist dezentral organisiert. Niederlassungen und Beteiligungsgesellschaften agieren als eigenständige Profitcenter. Steuerung und Kontrolle erfolgen über ein konzerneinheitliches Berichtswesen, eine enge Betreuung durch übergeordnete Einheiten und ein wirkungsvolles Risikomanagementsystem.

Bilfinger Berger ist ein international tätiger Bau- und Dienstleistungskonzern. Als führende Multi Service Group für Immobilien, Industrieanlagen und Infrastruktur bieten wir unseren Kunden ganzheitliche Lösungen. Bilfinger Berger hat seinen erfolgreichen Kurs auch im Jahr 2007 fortgesetzt. Der Konzern ist erneut profitabel gewachsen und hat dabei Höchstwerte erzielt.

Die Tätigkeit des Konzerns umfasst die Geschäftsfelder Ingenieurbau, Hoch- und Industriebau, Dienstleistungen und Betreiberprojekte. Die Bilfinger Berger AG als Konzernobergesellschaft steuert die Aktivitäten im Sinne einer Holding-Funktion und wird darüber hinaus selbst operativ in den Geschäftsfeldern Ingenieurbau und Hoch- und Industriebau tätig.

2. Wirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft verzeichnete 2007 mit einer Steigerungsrate von rund fünf Prozent zum fünften Mal in Folge ein starkes Wachstum. Eine positive Entwicklung in vielen Industriestaaten und ein anhaltender Boom in den meisten Schwellenländern stellten den Aufschwung auf eine breite Basis. Allerdings hat sich das Wachstum in den Vereinigten Staaten aufgrund der Kreditkrise und ihrer Rückwirkungen auf den Immobilienmarkt abgeschwächt. Damit sind auch die Risiken für eine Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Dynamik gestiegen.

In der Eurozone hat sich das Wachstum mit 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr leicht abgeschwächt. Dennoch gingen die Arbeitslosenzahlen aufgrund der gestiegenen

Wirtschaftsleistung weiter zurück und die meisten Mitgliedsstaaten erzielten Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung. Die im Herbst einsetzende weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar könnte zwar eine Dämpfung des Wachstums zur Folge haben, die aber erst im Lauf des Jahres 2008 Wirkung entfalten würde.

3. Entwicklung der Bauwirtschaft

Zum zweiten Mal in Folge hat die deutsche Bauwirtschaft einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum des Landes erbracht. Nach bisher vorliegenden Schätzungen belief sich die Zunahme der Bauinvestitionen 2007 preisbereinigt auf 2,7 Prozent. Einem stark rückläufigen Wohnungsbau steht eine dynamische Entwicklung im Wirtschaftsbau gegenüber.

Dabei war die wirtschaftliche Lage stark von Sonderfaktoren beeinflusst. So wirkte sich der ausgesprochen milde Winter 2006/2007 expansiv aus, während sich im Wohnungsbau das abrupte Ende der Sonderkonjunktur durch die zum Jahreswechsel auslaufende Eigenheimzulage und die Erhöhung der Mehrwertsteuer bemerkbar machte.

Deutlich besser verlief die Entwicklung im Wirtschaftsbau: Die deutschen Konjunkturforschungsinstitute haben die reale Zunahme der Investitionen für das Gesamtjahr auf 4 Prozent veranschlagt. Hintergrund ist eine hohe Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe, die Erweiterungsinvestitionen zur Folge hat. Besonders profitiert hat der Bau von Produktions- und Werkstattgebäuden sowie Handelsimmobilien und Lagern; beim Bau von Bürogebäuden hingegen sorgten vorhandene Leerstände für Zurückhaltung.

Stark zulegen konnten auch die öffentlichen Bauinvestitionen. Insbesondere die Kommunen profitieren von anziehenden Steuereinnahmen - das Gesamtaufkommen an Gewerbesteuer erreichte mit knapp 40 Mrd. € einen Rekordwert. Da 60 Prozent der öffentlichen Bauinvestitionen auf die Kommunen entfallen, trägt die Gesundung ihrer Finanzen maßgeblich zur Verbesserung der Nachfrage bei.

Im europäischen Ausland ist die Entwicklung der Baukonjunktur insgesamt positiv zu bewerten.

Großbritannien investiert im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele 2012 bereits kräftig in seine Verkehrsinfrastruktur, was im Ingenieurbau zu hohen Zuwachsraten führt. Der

Hochbau profitiert vom Bedarf an neuen Büroflächen im Dienstleistungssektor, aber auch von einer regen Nachfrage im Bildungs- und Gesundheitsbereich.

In den skandinavischen Staaten befindet sich die Bauwirtschaft auf einem stabilen Wachstumspfad. Norwegen und Schweden nutzen die hervorragende Lage ihrer Staatsfinanzen und investieren in den Ausbau von Straßen, Schienenwege und Häfen, wovon der Ingenieurbau in besonderer Weise profitiert.

In den neuen EU-Mitgliedsstaaten führen Investitionen aus den Strukturfonds dazu, dass die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur mit Unterstützung aus den Strukturfonds zügig vorankommt. Dies führt zu einem anhaltend kräftigen Aufschwung der Bauwirtschaft.

In der Golfregion profitieren alle Bereiche der Bauwirtschaft von der hohen Liquidität und der ausgeprägten Investitionsbereitschaft der ölproduzierenden Staaten. An der Spitze stehen die Vereinigten Arabischen Emirate, auf die nach Branchenschätzungen zwei Drittel aller Bauaktivitäten am Golf entfallen. Ein hoher Bevölkerungszuwachs und der Aufbau von Tourismus- und Dienstleistungsstandorten erfordern hohe Investitionen in Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze und in den Wohnungsbau.

4. Geschäftsverlauf

Die Entwicklung unserer Leistung nach Geschäftsfeldern und Regionen ist im Anhang zu den Umsatzerlösen erläutert.

Entwicklung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse – ermittelt nach handelsrechtlichen Grundsätzen unter Anwendung des Realisationsprinzips – verminderten sich um 211 Mio. € auf 1.040 (Vorjahr: 1.251) Mio. €. Die Gesamtleistung der Gewinn- und Verlustrechnung, die neben den Umsatzerlösen auch die Bestandsveränderungen enthält, war mit 1.163 (Vorjahr: 1.147) Mio. € nahezu unverändert.

Gemessen an der Gesamtleistung nahm der Anteil des Aufwands für Material- und Subunternehmerleistungen um 5,2 Prozentpunkte auf 64,6 (Vorjahr: 59,4) Prozent zu, während der Personalaufwand um 1,5 Prozentpunkte auf 22,9 (Vorjahr: 24,4) Prozent abnahm.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen sind auf 17,5 (Vorjahr: 19,8) Mio. € zurückgegangen.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen verminderte sich um 18,2 Mio. € auf -156,3 (Vorjahr: -174,5) Mio. €. Dabei sind die sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund Wertaufholung bei Finanzanlagen gestiegen.

Auf Anteile an verbundenen Unternehmen wurden im Berichtsjahr Abschreibungen in Höhe von 13,4 (Vorjahr: 0) Mio. € vorgenommen.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen verdoppelte sich auf 101,0 (Vorjahr: 50,6) Mio. €. Ursächlich waren erstmalige Erträge aus im Berichtsjahr abgeschlossenen Gewinnabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften des Geschäftsfelds Dienstleistungen.

Das Zinsergebnis ist aufgrund einer Ausschüttung eines Wertpapierspezialfonds auf 23,3 (Vorjahr: 19,8) Mio. € gestiegen.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern ist wegen des höheren Finanzergebnisses auf 81,4 (Vorjahr: 61,6) Mio. € gestiegen.

Die Ertragsteuern belaufen sich aufgrund der Nutzung steuerlicher Verlustvorträge auf lediglich 14,4 (Vorjahr: 10,1) Mio. €

Danach verbleibt ein Jahresüberschuss von 67,0 (Vorjahr: 51,5) Mio. €, der im Berichtsjahr in entsprechender Höhe als Bilanzgewinn ausgewiesen ist.

Es wird vorgeschlagen, eine erhöhte Dividende von 1,80 € zu zahlen. Dies entspricht einer Ausschüttungssumme von 67,0 Mio. €

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme liegt mit 2.163,3 (Vorjahr: 2.116,6) Mio. € leicht über dem Niveau des Vorjahres.

Das Anlagevermögen veränderte sich um 86,2 Mio. € auf 1.098,5 (Vorjahr: 1.012,3) Mio. €. Der Anstieg betrifft insbesondere aufgrund von Beteiligungserwerben mit 81,9 Mio. € die Finanzanlagen sowie mit 4,3 Mio. € das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte.

Im Umlaufvermögen haben die Vorräte auf 49,7 (Vorjahr: 53,2) Mio. € leicht abgenommen. Unter dieser Position werden im Wesentlichen Nicht abgerechnete Bauten in Höhe von 678,6 Mio. € saldiert mit erhaltenen Abschlagszahlungen in Höhe von 641,7 Mio. € ausgewiesen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betragen 782,6 (Vorjahr: 743,2) Mio. €. Ein wesentlicher Posten betrifft die konzerninterne Finanzierung unserer Tochtergesellschaften mit 532,1 (Vorjahr: 491,8) Mio. €

Die Bruttoliquidität in Form von Liquiden Mitteln und Wertpapieren verminderte sich auf 232,5 (Vorjahr: 307,9) Mio. €. Unter Berücksichtigung der Bankverbindlichkeiten in Höhe von 12,3 (Vorjahr: 44,5) Mio. € ergibt sich zum Stichtag eine Nettoliquidität in Höhe von 220,2 (Vorjahr: 263,4) Mio. €

Auf der Passivseite nahmen die Rückstellungen um 62,6 Mio. € auf 407,3 (Vorjahr: 469,9) Mio. € ab, bedingt durch den Verbrauch bei den Sonstigen Rückstellungen. Die Pensionsrückstellungen mit 94,8 (Vorjahr: 93,2) Mio. € und die Steuerrückstellungen mit 39,9 (Vorjahr: 38,0) Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

Die Verbindlichkeiten haben insgesamt um 88,9 Mio. € auf 884,5 (Vorjahr: 795,6) Mio. € zugenommen. Der Anstieg resultiert mit 166,0 Mio. € insbesondere aus höheren Geldanlagen von Tochtergesellschaften, die unter Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen sind. Bei den erhaltenen Anzahlungen auf

Bestellungen war ebenfalls eine Zunahme auf 229,1 (Vorjahr: 180,5) Mio. € zu verzeichnen. Bankverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber Arbeitsgemeinschaften nahmen dagegen ab.

Das Eigenkapital beträgt 871,6 (Vorjahr: 851,1) Mio. €, dies entspricht unverändert einer Eigenkapitalquote von rund 40 Prozent.

Forschung und Entwicklung

Bilfinger Berger setzt auf Wertschöpfung durch Innovationen. In seiner Forschungs- und Entwicklungsarbeit stellt der Konzern die kontinuierliche Verbesserung von Bau- und Dienstleistungsprozessen in den Mittelpunkt. Damit erhöhen wir die Effizienz von Planung und Umsetzung. Die Entwicklungsarbeit liegt in den Händen der operativen Einheiten. Der Zentralbereich Technik organisiert und steuert Ausrichtung, Inhalt und Umfang der Aktivitäten. In zahlreiche Forschungsprojekte ist er aktiv involviert.

Unsere Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten führten im Geschäftsjahr 2007 zu einer Reihe von bauaufsichtlichen Zulassungen, neuen Patenten und Gebrauchsmustern. Insgesamt wurden mehr als 50 Forschungsprojekte aus dem Bau-, Dienstleistungs- und Betreibergeschäft vorangetrieben. Die Schwerpunkte lagen dabei unverändert auf den Bereichen

- Baustofftechnologie und Messtechnik
- Bauteil- und Bauwerkstechnologie
- Betreiben, Warten und Instandhalten
- Verfahrens- und Maschinenteknik
- Planungs-, Wissens- und Schutzrechtswerkzeuge

Bei ausgewählten Forschungsthemen arbeiten wir mit führenden Hochschulen zusammen. Auch diese Projekte orientieren sich am direkten Nutzen für unsere operative Tätigkeit.

5. Personal

Am 31. Dezember waren bei der Bilfinger Berger AG 4.227 (Vorjahr: 4.881) Mitarbeiter beschäftigt. Davon sind 2.313 (Vorjahr: 2.335) Angestellte und 1.914 (Vorjahr: 2.546) gewerbliche Mitarbeiter.

Die Qualität der Mitarbeiter ist der wichtigste Erfolgsfaktor unseres Geschäfts. Wir benötigen Mitarbeiter, die über ausgezeichnetes fachliches Know-how und ausgeprägte persönliche Kompetenzen verfügen.

Im Mittelpunkt unserer Personalarbeit steht daher die Personalentwicklung. Personalentwicklung - das heißt bei uns qualifizierte Mitarbeiter gewinnen, ihre persönlichen Stärken gezielt fördern und Leistungsträger langfristig an unser Unternehmen binden. Mitarbeitergewinnung und -entwicklung erfolgt in klar strukturierten, aufeinander aufbauenden Schritten.

6. Risikobericht

Mit seinem Risikomanagement fördert Bilfinger Berger das Risikobewusstsein auf allen Managementebenen und bei allen Mitarbeitern. Das System ist integraler Bestandteil der Managementprozesse und hilft, Risiken möglichst zu vermeiden, zumindest aber frühzeitig zu erkennen und daraus resultierende Gefahren für das Unternehmen abzuwenden. Somit haben wir umfassende Vorkehrungen getroffen, dass der Konzern seine gesteckten Ziele erreicht.

Risikocontrolling ist bei Bilfinger Berger ein kontinuierlicher dezentraler Prozess, der zentral überwacht und gesteuert wird. Bestandteile des Systems sind eine strategische Geschäftsplanung kombiniert mit einem detaillierten, aktuellen Berichtswesen, das als internes Frühwarn- und Kontrollsystem dient.

Für alle Unternehmensteile und Beteiligungsgesellschaften legt der Konzern jährlich neue Vorgaben für die Steuerungsgrößen EBITA und Kapitalrendite sowie Liquiditätsziele und -limits fest. Diese und weitere Kennzahlen werden anhand eines monatlichen Reporting kontrolliert. Auf allen operativen Ebenen werden Ist-Situation und Planung analysiert. Über Grenzwerte und Abweichparameter werden relevante Risiken erkannt, überwacht und durch geeignete Maßnahmen in ihren Auswirkungen begrenzt. Dies liefert Vorstand und Management detaillierten Aufschluss über die aktuelle wirtschaftliche Lage.

Die Zentralbereiche des Konzerns nehmen in Abstimmung mit dem Vorstand eine konzernweite Fachaufsicht wahr. Sie verfügen über ein umfassendes Informationsrecht sowie über Richtlinienkompetenzen und Mitwirkungsrechte im Verhältnis zu ihren Fachkollegen in den Beteiligungsgesellschaften.

Die Zentrale übernimmt darüber hinaus übergeordnete Controllingaufgaben. Die Zentralbereiche Group Controlling, Finanzen, Projekt Controlling, Revision und Recht

berichten regelmäßig und umfassend unter ihrem jeweiligen fachlichen Aspekt über mögliche Risiken direkt an den Vorstand. Darüber hinaus legt der Vorstand dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats vierteljährlich einen Risikobericht vor.

Aufträge mit großem Volumen oder mit besonderen Risiken können nur angenommen werden, wenn der Vorstand dies im Einzelfall ausdrücklich genehmigt. Risiken im Zusammenhang mit Großprojekten begegnen wir durch eine klar strukturierte Aufgabenteilung innerhalb der Zentralbereiche:

- Der Zentralbereich Projekt Controlling begleitet diese Projekte vom Angebot bis zur Fertigstellung. Die wirtschaftliche Entwicklung jedes Projekts wird kontinuierlich und kritisch analysiert.
- Über Finanzierungen, interne Kreditlinien und Bürgschaften entscheidet der Vorstand zentral, wobei er maßgeblich vom Zentralbereich Finanzen unterstützt wird.
- Von der internen Revision wird die Wirksamkeit aller Arbeits- und Prozessabläufe überprüft.
- Das Group Controlling ist neben der monatlichen Erhebung der Leistungskennzahlen für ein aktives Beteiligungscontrolling verantwortlich.
- Die Revision führt Audits auf der Ebene operativer Einheiten durch.
- Der Zentralbereich Recht prüft vertragsrechtliche Projektrisiken und hat die Federführung bei juristischen Auseinandersetzungen.

Alle vom Gesetz, vom Vorstand oder von den Zentralbereichen vorgegebenen Prozesse und Genehmigungsverfahren sind in Handbüchern und Arbeitsanweisungen dokumentiert. Die seit Mitte 2007 im Bilfinger Berger Intranet zur Verfügung stehende Risk-Map bietet den Mitarbeitern konzernweit einen schnellen Zugang zu den Inhalten des Risikomanagementhandbuchs. Informationen zu bestimmten Risikofällen sind nach Unternehmensprozessen gegliedert und über unterschiedliche Suchfunktionen abrufbar.

Unsere Steuerungs- und Kontrollwerkzeuge sind zu einem ganzheitlichen System zusammengefasst, das ständig weiterentwickelt wird. Das Risikomanagement bei Bilfinger Berger wird von unseren Wirtschaftsprüfern und dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats geprüft, deren Anregungen wir aufgreifen.

Die einzelnen Risikofelder sind im Lagebericht 2007 des Bilfinger Berger-Konzerns umfassend dargestellt. Im Folgenden ist das Management von Risiken aus dem Projektgeschäft, von Prozessrisiken, von Beschaffungsrisiken und von Risiken im Finanzbereich beschrieben.

Projektrisiken

Risiken aus unserem operativen Geschäft begegnen wir mit einem ganzheitlichen, klar strukturierten Projekt Controlling. Dies umfasst die Auswahl der Projekte, die anschließende Angebotsbearbeitung und die Ausführung bis hin zur Abwicklung etwaiger Gewährleistungsansprüche. Alle wesentlichen Verträge unterziehen wir vor Abschluss einer sorgfältigen kaufmännischen und juristischen Prüfung. Darüber hinaus werden technische Aspekte von Fachleuten separat analysiert. Projekte ab einem bestimmten Volumen oder mit einem hohen Schwierigkeitsgrad werden nach eindeutig definierten Regeln in jeder Phase des Geschäfts zusätzlich von einer zentralen Einheit überwacht, um rechtzeitig gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen einzuleiten. Im Jahr 2007 wurden mehr als 60 Großprojekte speziell beobachtet. Bei komplexen Projekten im Betreibergeschäft nutzen wir die Kompetenzen der gesamten Gruppe, um Kosten und Risiken sicher einzuschätzen.

Prozessrisiken

Wir sind bestrebt, gerichtliche Auseinandersetzungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Dieses Ziel lässt sich jedoch nicht immer erreichen, so dass wir an Gerichtsbeziehungsweise Schiedsgerichtsverfahren beteiligt sind. Deren Ausgang lässt sich naturgemäß nicht mit Sicherheit vorhersagen. Dennoch gehen wir nach sorgfältiger Prüfung davon aus, dass für alle Rechtsstreitigkeiten ausreichende bilanzielle Vorsorge getroffen wurde.

Beschaffungsrisiken

Die weltweiten Beschaffungsmärkte beobachten wir intensiv. Unser konzernweites Monitoring der Weltmarktpreise für Stahl, Mineralöl und Mineralölprodukte stellt den flexiblen Einkauf von Rohstoffen für unsere Großprojekte zu optimalen Bedingungen sicher. Regionalen Beschaffungsrisiken beugen wir vor, indem wir mit leistungsfähigen Lieferanten und Nachunternehmern zusammenarbeiten. Durch Vorverträge stellen wir Kapazitäten, Qualitäten und Preise sicher. Zudem sichern wir uns gegen Teuerung mit Preisgleitklauseln in unseren Angeboten ab.

Finanzrisiken

Finanzrisiken überwachen wir mit bewährten Kontroll- und Steuerungsinstrumenten. Das Berichtswesen des Konzerns gewährleistet eine wöchentliche Erfassung, Analyse, Bewertung und Steuerung finanzieller Risiken durch den Zentralbereich Finanzen. In diese Betrachtungen sind alle relevanten Beteiligungsgesellschaften einbezogen.

Liquiditätsrisiken werden basierend auf einer rollierenden 12-Monats Cashflow-Planung im Konzern zentral überwacht und gesteuert. Durch den Bestand an liquiden Mitteln sowie freier Kredit- und Avallinien sind Liquiditätsengpässe auszuschließen. Wir verfügen bei unseren Kernbanken über eine langfristige, syndizierte Barkreditlinie in Höhe von 300 Mio. €. Wesentliche Teile unseres Avalkreditbedarfs sind durch langfristige, syndizierte Kreditvereinbarungen im Volumen von 1.600 Mio. € abgesichert.

Wir überprüfen regelmäßig die Auswirkungen möglicher Änderungen unseres finanziellen Risikoprofils. Hierfür wesentliche Kennzahlen sind der dynamische Verschuldungsgrad, die Cashflow Protection sowie das Gearing. Die Relationen sollen nach unserer Zielsetzung ein finanzielles Standing vergleichbar einem Rating im unteren Bereich des Investment Grade reflektieren. Die infolge der Ausweitung unseres Betreibergeschäfts zunehmende langfristige Verschuldung erfolgt ausschließlich auf Non-Recourse Basis. Ein Zugriff der Fremdkapitalgeber auf Vermögenswerte von Bilfinger Berger außerhalb der jeweiligen Projektgesellschaften ist ausgeschlossen.

Marktpreisrisiken stellen auf dem Finanzsektor vor allem Wechselkurse, Zinssätze und Marktwerte der Geldanlagen dar. Mit unserer zentralen Steuerung nehmen wir ein weitgehendes Netting unserer Cashflows und Finanzposition vor. Um verbleibende Restrisiken einzuschränken und Schwankungen in Ergebnissen, Bewertungen oder Cashflows zu begrenzen, setzen wir derivative Finanzinstrumente ein. Wir unternehmen keine Finanztransaktionen, die über das bestehende Grundgeschäftsrisko hinausgehen.

Um Risiken aus Fremdwährungs-Cashflows und Bilanzwerten in fremder Währung abzusichern, schließen wir Devisen-Termin- oder Optionsgeschäfte ab. Projektgeschäfte sichern wir grundsätzlich unmittelbar nach Auftragsvergabe, in Einzelfällen auch in der Angebotsphase, für die gesamte Projektdauer ab. Die Risikosteuerung erfolgt anhand konkreter Risikolimiten für offene Währungspositionen, deren value-at-risk sowie der marked-to-market Ergebnisse.

Risiken durch Zinsänderungen begegnen wir, indem wir die Zusammensetzung der fest und variabel verzinsten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten kontinuierlich überprüfen und anpassen. Um hier flexibel und kostensparend agieren zu können, setzen wir überwiegend derivative Finanzinstrumente ein. Risiken aus der Nettozinsposition analysieren und bewerten wir aktuell und regelmäßig nach der value-at-risk Methode. Eine Ausnahme bilden Zinsderivate, die im Betreibergeschäft bei der langfristigen Finanzierung von Projektgesellschaften verwendet werden. Der Non-recourse Charakter dieser Projektfinanzierungen erfordert planbare Zins-Cashflows und setzt damit eine langfristige, statische Absicherung von Zinsänderungsrisiken voraus. In diesem Zusammenhang auftretende Marktwertveränderungen müssen von uns bilanziell berücksichtigt werden, haben jedoch aufgrund der in sich geschlossenen Projektstruktur keinen Einfluss auf den Cashflow der Gruppe.

Bei der Anlage liquider Mittel und beim Einsatz derivativer Finanzinstrumente können in Einzelfällen Emittentenrisiken entstehen. Diese begrenzen wir, indem wir ausschließlich Emittenten mit einem Investment Grade Rating wählen, außerdem begrenzen wir Laufzeiten und Beträge.

Um Kontrahentenrisiken einzugrenzen, unternehmen wir Finanztransaktionen auf Basis eines internen Limitsystems ausschließlich mit Banken, die über ein sehr gutes Rating von mindestens A- verfügen.

Aufgrund dieser konsequent angewandten Risikopolitik ergaben sich im Geschäftsjahr 2007 keine negativen Auswirkungen auf Ergebnis und Finanzlage des Konzerns.

Gesamtrisiko

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir keine Einzelrisiken festgestellt, die allein oder in ihrer Gesamtheit den Fortbestand unseres Unternehmens gefährdet hätten. Bei Eintritt unvorhersehbarer, außergewöhnlicher Risiken ist ein Einfluss auf die Leistungs- und Ergebnisentwicklung nicht auszuschließen. Es sind jedoch keine Risiken erkennbar, die das Unternehmen in seinem Bestand gefährden könnten.

7. Vergütungsbericht

In diesem Vergütungsbericht werden die Einzelheiten der Vergütung der Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat dargestellt.

Vergütung des Vorstands

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands besteht aus drei Komponenten: einem festen Jahresgrundgehalt, einer erfolgsabhängigen Tantieme und einer langfristig am Unternehmenserfolg sowie am Aktienkurs ausgerichteten Vergütung (Long-Term Incentive Plan).

Der Aufsichtsrat wird von seinem Präsidium über die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand regelmäßig unterrichtet. Die Festlegung der Vorstandsvergütung erfolgt durch das Präsidium.

Für die im Jahr 2007 neu in den Vorstand berufenen Herren Raps und Reid sowie für Herrn Dr. Ott wurden die Vergütungsregelungen in einigen Punkten modifiziert.

Jahresgrundgehalt

Das feste Jahresgrundgehalt wird alle zwei Jahre überprüft. Es wurde mit Wirkung vom 01.07.2006 unter Hinzuziehung von externen Experten auf 642 T€ für den Vorsitzenden und 428 T€ für die übrigen Vorstandsmitglieder festgesetzt. Neu berufene Vorstandsmitglieder erhalten auf die Dauer von 18 Monaten ein um 20 Prozent geringeres Grundgehalt. Zusätzlich zum Grundgehalt erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen, die aus dem nach steuerlichen Richtlinien anzusetzenden Wert von Zuschüssen zu Versicherungen und der Dienstwagennutzung bestehen.

Tantieme

Die Erfolgsziele für die variablen Vergütungsbestandteile werden zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres zwischen dem Aufsichtsratspräsidium und dem Vorstand vereinbart. Die Höhe der Tantieme ist abhängig von der Entwicklung des EBT (Ergebnis vor Steuern) im Konzern. Bei Erreichen des entsprechenden Ziels beträgt die Tantieme 83 Prozent des Jahresgrundgehalts. Die Tantiemzahlung entfällt, wenn das EBT-Ziel nicht zu mindestens 50 Prozent (Herren Bodner, Professor Schetter, Dr. Schneider) bzw. 75 Prozent (Herrn Dr. Ott, Raps, Reid) erreicht wird, und ist durch einen Cap bei 150 Prozent des Zielwerts begrenzt.

Long-Term Incentive Plan

Die Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung erfolgt nach einem Long-Term Incentive Plan (LTI), der für die Herren Bodner, Professor Schetter und Dr. Schneider im Wesentlichen folgenden Inhalt hat: Übersteigt der in einem Geschäftsjahr erzielte Wertbeitrag die für das betreffende Jahr vereinbarte Mindesthöhe, werden den Vorstandsmitgliedern virtuelle Anteile in Form sogenannter Performance Share Units (PSU) gutgeschrieben. Wenn eine Underperformance der Bilfinger Berger Aktie gegenüber dem Vergleichsindex MDAX vorliegt, kann die Zuteilung der PSU um bis zu 20 Prozent gekürzt werden. Der Wert der PSU verändert sich während einer Wartezeit entsprechend der Entwicklung des Kurses der Bilfinger Berger Aktie. Nach Ablauf der Wartezeit wird der dann bestehende Wert der PSU ausbezahlt. Für die Herren Bodner, Professor Schetter und Dr. Schneider erfolgt die Auszahlung nach einer Wartezeit von zwei Jahren, und zwar (unter Versteuerung) zu 65 Prozent in bar, 35 Prozent werden in Bilfinger Berger Aktien mit einer Veräußerungssperre von wiederum zwei Jahren angelegt. Für die Herren Dr. Ott, Raps und Reid ist eine vierjährige Wartezeit festgelegt, nach der der Wert der PSU (nach Versteuerung) insgesamt in bar ausgezahlt wird.

Der Wertbeitrag errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Return und den Kapitalkosten. Der Return ermittelt sich aus dem EBITA zuzüglich der Zinserträge und dem Wertzuwachs des BOT-Portfolios. Die Kapitalkosten ergeben sich aus der Multiplikation des Capital Employed (durchschnittlich gebundenes Vermögen) mit dem Kapitalkostensatz.

Sollte während der Wartezeit der für das jeweilige Jahr festgelegte Mindestwertbeitrag nicht erreicht werden, führt dies zur Zuteilung negativer PSU, die die vorhandene Zahl der PSU vermindern (betrifft die Herren Bodner, Professor Schetter und Dr. Schneider) bzw. entfällt eine Gutschrift von PSU (betrifft die Herren Dr. Ott, Raps und Reid). Außerdem besteht ein Cap (für den Vorstandsvorsitzenden 525 T€, für ein ordentliches Vorstandsmitglied 350 T€, für die neu bestellten Vorstandsmitglieder auf 18 Monate 280 T€), der die Auszahlung auf einen absoluten jährlichen Höchstbetrag begrenzt.

Für das Geschäftsjahr 2007 wurden den Mitgliedern des Vorstands insgesamt 37.467 PSU gewährt, deren maximaler späterer Zahlungsbetrag durch den Cap auf 1.925 T€ begrenzt ist.

Zum Stichtag verfügen die Mitglieder des Vorstands über insgesamt 248.503 PSU. Die Höhe eines späteren tatsächlichen Mittelzuflusses hieraus hängt ab von der weiteren Entwicklung der Programmparameter. Auf Basis des Jahresschlusskurses 2007 der Bilfinger Berger Aktie in Höhe von 52,78 € ergäbe sich aus heutiger Sicht unter Berücksichtigung des Cap ein Zahlungsbetrag in Höhe von insgesamt 4.576 T€.

Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung (Long Term Incentive Plan)						
	01.01.2007 Anzahl PSU	für das Geschäftsjahr 2007 gewährte PSU			31.12.2007 Anzahl PSU	Theoretischer späterer Auszahlungsbetrag auf Basis Jahresschlusskurs 2007
		Anzahl PSU	Maximaler späterer Auszahlungsbetrag	Wert bei Gewährung		
Herbert Bodner (Vorsitzender)	70.351	8.972	525 T€	338 T€	79.323	1.398 T€
Dr. Joachim Ott	46.895	8.273	350 T€	282 T€	55.168	966 T€
Klaus Raps	0	1.656	70 T€	56 T€	1.656	70 T€
Kenneth D. Reid	0	6.626	280 T€	226 T€	6.626	280 T€
Prof. Hans Helmut Schetter	46.895	5.970	350 T€	225 T€	52.865	931 T€
Dr. Jürgen M. Schneider	46.895	5.970	350 T€	225 T€	52.865	931 T€
Insgesamt	211.036	37.467	1.925 T€	1.352 T€	248.503	4.576 T€

Kredite oder Vorschüsse wurden dem Vorstand im Geschäftsjahr 2007 nicht gewährt. Vergütungen für die Wahrnehmung von Konzernmandaten sind im Geschäftsjahr 2007 nicht angefallen. Sie wären – soweit sie 20 T€ übersteigen – auf die Vorstandsbezüge anzurechnen.

Bezüge insgesamt

in T€	Jahresgrundgehalt		Tantieme		Barvergütung gesamt		Long-Term Incentive (Wert bei Gewährung)	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Herbert Bodner (Vorsitzender)	642	610	797	797	1.439	1.407	338	525
Dr. Joachim Ott	428	407	531	531	959	938	282	350
Klaus Raps	86	-	101	-	187	-	56	-
Kenneth D. Reid	342	-	405	-	747	-	226	-
Prof. Hans Helmut Schetter	428	407	531	531	959	938	225	350
Dr. Jürgen M. Schneider	428	407	531	531	959	938	225	350
Insgesamt	2.354	1.831	2.896	2.390	5.250	4.221	1.352	1.575

Daneben erhielten die Vorstandsmitglieder Sachbezüge in Form der Dienstwagennutzung und Zuschüsse zu Versicherungen in Höhe von insgesamt 200 (Vorjahr: 110) T€

Altersversorgung

Das System der Altersversorgung der Vorstandsmitglieder besteht seit 2006 in beitragsorientierten Zusagen und ist auf externe Versorgungsträger (versicherungsförmiger Pensionsfonds und rückgedeckte Unterstützungskasse) ausgelagert. Dabei sind die künftigen Versorgungsansprüche vollständig ausfinanziert, so dass nach dem Renteneintritt der Vorstandsmitglieder keinerlei Belastung mehr für die

Gesellschaft entsteht. Im Jahresabschluss 2007 führt die Umstellung des bereits erdienten Teils der Versorgung für Herrn Dr. Ott auf einen Pensionsfonds zu einer einmaligen Ergebnisbelastung von 258 T€. Für die Vorstandsmitglieder Bodner, Professor Schetter und Dr. Schneider verbleiben Versorgungszusagen für den Fall der Invalidität bei der Gesellschaft; ihr Barwert beträgt insgesamt 34 T€. Für die Vorstandsmitglieder Raps und Reid bestehen daneben Pensionszusagen mit einem Verpflichtungswert von 79 T€ bzw. 43 T€, die vor Berufung in das Gremium erworben wurden. Mit diesen Ausnahmen ist die Umstellung der Altersversorgung des Vorstands auf externe Versorgungsträger abgeschlossen.

Für die künftigen Amtszeiten der Vorstandsmitglieder leistet die Gesellschaft jährliche Zahlungen an eine Unterstützungskasse. In der Tabelle sind die Beiträge an die Unterstützungskasse für das Geschäftsjahr und die bereits erreichten jährlichen Pensionsansprüche sowie Rückflüsse an die Gesellschaft aus einem Pensionsfonds aufgeführt. Im Fall des Todes besteht Anspruch auf eine Witwenrente in Höhe von 70 Prozent der Altersrente.

in T€	Voraussichtlicher jährlicher Pensionsanspruch bei Eintritt des Pensionsfalls	Zuführungen zur Unterstützungskasse 2007	Rückflüsse aus dem Pensionsfonds an die Gesellschaft
Herbert Bodner (Vorsitzender)	330	338	-90
Dr. Joachim Ott	200	183	-7
Klaus Raps	88	154	0
Kenneth D. Reid	137	164	0
Prof. Hans Helmut Schetter	237	204	-64
Dr. Jürgen M. Schneider	237	346	-69
Insgesamt	1.229	1.389	-230

Weitere Regelungen

Die Vorstände erhalten von der Gesellschaft ein Übergangsgeld, wenn die Vorstandstätigkeit wegen des Widerrufs bzw. der Nichtverlängerung der Vorstandsbestellung durch die Gesellschaft oder wegen einer Kündigung des Dienstvertrages wegen eines wichtigen, von der Gesellschaft zu verantwortenden Grundes endet. Der Anspruch auf Übergangsgeld besteht jedoch nur, wenn der Auflösungsgrund nach dem Beginn der zweiten Amtsperiode und nach Vollendung des 50. Lebensjahres eintritt.

Im Fall eines Kontrollwechsels, d. h. wenn ein Aktionär der Gesellschaft 30 Prozent der Stimmrechte der Gesellschaft erreicht oder überschreitet und zusätzlich durch eine vom Aufsichtsrat beschlossene Geschäftsverteilung eine wesentliche Veränderung der Ressortzuständigkeit eintritt oder wenn die Gesellschaft als abhängiges Unternehmen einen Beherrschungsvertrag abschließt, haben die Vorstandsmitglieder ein Sonderkündigungsrecht für ihren Dienstvertrag. Sie erhalten dann eine Abfindung für die

Dauer der restlichen Vertragslaufzeit, längstens jedoch für drei Jahre. Die Abfindung umfasst Jahresgrundgehalt und Tantieme (Durchschnittswert der letzten 5 Jahre), außerdem haben sie nach Ablauf der von der Abfindung umfassten restlichen Vertragslaufzeit Anspruch auf Übergangsgeld, falls die individuellen Voraussetzungen hierfür auf sie zutreffen. PSU werden für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand weder gewährt noch abgefunden.

Pensionen

Die Gesamtbezüge ehemaliger Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 2.438 (Vorjahr 2.455) T€. Der nach IAS 19 ermittelte Anwartschaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen für diesen Personenkreis beträgt 29.034 (Vorjahr 32.161) T€.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats setzt sich gemäß § 14 der auf unseren Internetseiten veröffentlichten Satzung zusammen aus einer festen Vergütung von 10 T€ und einer variablen Vergütung von 500 € je Cent, um welchen die Dividende 10 Cent je Aktie übersteigt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte, sein Stellvertreter sowie die Mitglieder des Präsidiums und des Prüfungsausschusses das Eineinhalbfache dieser Beträge. Übt ein Aufsichtsratsmitglied mehrere der genannten Funktionen aus, steht ihm nur einmal die jeweils höchste Vergütung zu.

Bei der vorgeschlagenen Dividende von 1,80 € pro Aktie würde sich nach der bestehenden Satzungsregelung eine Steigerung der Aufsichtsratsbezüge auf ein Niveau ergeben, das dem Aufsichtsrat nicht angemessen erscheint. Um die Dividendenabhängigkeit seiner Bezüge zu verringern, wird der Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 21. Mai 2008 vorschlagen, mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2008 die feste Vergütung auf 40 T€ festzusetzen und die variable Vergütung auf 300 € je Cent, um welchen die Dividende 80 Cent je Aktie übersteigt, zu senken. Für das Geschäftsjahr 2007 wendet der Aufsichtsrat die vorgeschlagene neue Regelung bereits freiwillig an. Dies führt dazu, dass bei der vorgeschlagenen Dividende von 1,80 € pro Aktie ein ordentliches Aufsichtsratsmitglied 70 T€ statt 95 T€ nach der bestehenden Regelung erhält. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben einen entsprechenden Verzicht erklärt.

in T€	Fixum	Variable Vergütung ¹	Gesamt	freiwilliger Verzicht	Gesamt nach Verzicht
Bernhard Walter (Vorsitzender, Vorsitzender des Präsidiums und Mitglied des Prüfungsausschusses)	20	170	190	50	140
Maria Schmitt (stv. Vorsitzende und Mitglied des Präsidiums)	15	128	143	38	105
Hans Bauer	10	85	95	25	70
Dr. Horst Dietz	10	85	95	25	70
Wolfgang Erdner	10	85	95	25	70
Dr. Jürgen Hambrecht	10	85	95	25	70
Reiner Jäger	10	85	95	25	70
Rainer Knerler	10	85	95	25	70
Professor Dr. Hermut Kornann	10	85	95	25	70
Harald Möller	10	85	95	25	70
Klaus Obermierbach	10	85	95	25	70
Thomas Pleines	10	85	95	25	70
Friedrich Rosner (Mitglied des Prüfungsausschusses)	15	128	143	38	105
Udo Stark (Mitglied des Präsidiums und Vorsitzender des Prüfungsausschusses)	15	128	143	38	105
Rolf Steinmann	10	85	95	25	70
Dr. Klaus Trützschler	10	85	95	25	70
Gesamt	185	1.574	1.759	464	1.295

¹ Auf Basis der vorgeschlagenen Dividende von 1,80 €

Daneben wurden als Ersatz für Auslagen insgesamt 22 T€ vergütet. Vergütungen für persönlich erbrachte Leistungen wurden nicht gezahlt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007 betragen somit 1.317 (Vorjahr: 1.270) T€

Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, etwa Beratungs- und Vermittlungsleistungen, bezahlt bzw. gewährt.

8. Weitere Angaben gemäß § 289 HGB

Das gezeichnete Kapital von 111.588.306 € ist eingeteilt in 37.196.102 auf den Inhaber lautende Stückaktien zum rechnerischen Wert von 3 € je Aktie.

Die gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands sind in §§ 84, 85 AktG, die gesetzlichen Vorschriften für die Änderung der Satzung in §§ 133, 179 AktG geregelt.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 18. Mai 2006 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 17. Mai 2011 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 34.000.000 € durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital I). Die Ausgabe neuer Aktien kann dabei gegen Bar- und/oder Sacheinlagen erfolgen, wobei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen insgesamt nur um bis zu 22.300.000 € erfolgen dürfen. Die neuen Aktien sind den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung

des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten Fällen auszuschließen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 23. Mai 2007 ermächtigt, bis zum 22. November 2008 mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Gesellschaft bis zu einem Anteil von insgesamt höchstens 10 Prozent des derzeitigen Grundkapitals von 111.588.306 € zu erwerben. Die erworbenen Aktien können den Aktionären unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes zum Erwerb angeboten, im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder -erwerben eingesetzt, zur Erfüllung von Wandlungs- und Optionsrechten verwendet oder ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss eingezogen werden.

Außerdem wurde durch die Hauptversammlung vom 19. Mai 2005 beschlossen, das Grundkapital um bis zu 11.023.398 € durch Ausgabe von bis zu 3.674.466 auf den Inhaber lautende Stückaktien bedingt zu erhöhen (bedingtes Kapital III). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gegebenenfalls Inhaber von Wandelanleihen und Optionsscheinen, die aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Hauptversammlungsbeschluss vom 19. Mai 2005 ausgegeben wurden, von ihren Wandlungs- und Optionsrechten Gebrauch machen beziehungsweise ihre Verpflichtung zur Wandlung/Optionsausübung erfüllen und das bedingte Kapital hierzu benötigt wird.

Im Fall eines Kontrollwechsels als Folge eines Übernahmeangebots für die Aktiengesellschaft bestehen, den üblich Gepflogenheiten im Geschäftsverkehr entsprechend, Kündigungsmöglichkeiten für die Kredit- und Bürgschaftsgeber unserer syndizierten Barkreditlinie über 300 Mio. €, unserer syndizierten Avalkreditlinie über 1.600 Mio. € und diverser bilateraler Avalkreditrahmen über insgesamt 200 Mio. €. Für die syndizierte Avalkreditlinie besteht außerdem im Fall eines derartigen Kontrollwechsel ein sofortiges Verbot weiterer Inanspruchnahme.

Den Vorständen steht bei einem Kontrollwechsel unter bestimmten weiteren Voraussetzungen ein Kündigungsrecht zu. Diese Regelung verschafft den Vorstandsmitgliedern für den Fall eines Übernahmeangebots die gebotene Unabhängigkeit, um sich in ihrem Verhalten ausschließlich am Wohl der Gesellschaft und ihrer Aktionäre zu orientieren. Nähere Einzelheiten hierzu finden sich im Vergütungsbericht (Textziffer 8).

9. Nachtragsbericht

Unser Unternehmen entwickelt sich im laufenden Geschäftsjahr nach Plan. Ereignisse von besonderer Bedeutung sind nicht eingetreten. In unserem Konzern-Zwischenbericht, den wir am 14. Mai 2008 vorlegen, geben wir einen ausführlichen Überblick über den Verlauf des ersten Quartals.

10. Prognosebericht

Die guten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden in unseren Marktsegmenten aller Voraussicht nach auch im Jahr 2008 fortbestehen. Unter den geschilderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehen wir für den Prognosezeitraum von zwei Jahren von einer erfolgreichen Entwicklung des Unternehmens aus. Dabei unterstellen wir, dass sich die Lage in politischen Spannungsbereichen nicht weiter verschärft, die Finanzmärkte von schweren Turbulenzen verschont bleiben und es insgesamt nicht zu einer krisenhaften Abschwächung der Weltkonjunktur kommt. Negative Impulse könnten allenfalls von einem weiteren Anstieg der Rohstoffpreise oder den Folgen einer rückläufigen Entwicklung der US-Konjunktur für die Weltwirtschaft ausgehen. Unsere Anteilseigner werden wir mit einer attraktiven Dividende angemessen am wachsenden Unternehmenserfolg beteiligen.

Alle in diesem Bericht enthaltenen zukunftsbezogenen Aussagen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen. Da sie jedoch auch von Faktoren abhängen, die nicht unserem Einfluss unterliegen, kann die tatsächliche Entwicklung von den Prognosen abweichen.

Bilfinger Berger AG

Bilanz zum 31. Dezember 2007

in T€	(Anhang)	31.12.2007	31.12.2006
A K T I V A			
A. ANLAGEVERMÖGEN	(3)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		2.791	3.816
II. Sachanlagen		46.345	41.011
III. Finanzanlagen		1.049.375	967.473
		1.098.511	1.012.300
B. UMLAUFVERMÖGEN	(4)		
I. Vorräte			
- Nicht abgerechnete Bauten		678.630	555.556
- abzüglich erhaltener Abschlagszahlungen		-641.705	-510.825
		36.925	44.731
- Ubrige Vorräte		12.740	8.517
		49.665	53.248
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		782.629	743.167
III. Wertpapiere		110.037	74.427
IV. Liquide Mittel		122.457	233.483
		1.064.788	1.104.325
		2.163.299	2.116.625
P A S S I V A			
A. EIGENKAPITAL	(5)		
I. Gezeichnetes Kapital		111.588	111.588
Bedingtes Kapital: 11.023			
II. Kapitalrücklage		522.559	522.559
III. Gewinnrücklagen		170.464	170.464
IV. Bilanzgewinn		66.953	46.495
		871.564	851.106
B. RÜCKSTELLUNGEN	(6)	407.263	469.886
C. VERBINDLICHKEITEN	(7)	884.472	795.633
		2.163.299	2.116.625

Bilfinger Berger AG

Gewinn- und Verlustrechnung HGB
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

in TEUR	(Anhang)	2007	2006
1. Umsatzerlöse	(11)	1.039.577	1.251.458
2. Erhöhung / Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		123.074	-105.494
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		218	1.158
4. Gesamtleistung		1.162.869	1.147.122
5. Sonstige betriebliche Erträge	(12)	41.680	21.508
6. Materialaufwand	(13)	-751.697	-681.785
7. Personalaufwand	(14)	-266.826	-279.804
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		-17.534	-19.766
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(15)	-197.985	-196.032
10. Ergebnis Finanzanlagen	(16)	101.023	50.559
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		-13.444	0
12. Zinsergebnis	(17)	23.304	19.825
13. Ergebnis vor Ertragsteuern	(1)	81.390	61.627
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-14.437	-10.132
15. Jahresüberschuss		66.953	51.495
16. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		0	-5.000
17. Bilanzgewinn		66.953	46.495

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS ZUM 31.12.2007

(Anlagespiegel - HGB)

Anlage zum Anhang

Position	Anschaffungs-/ Herstellungskosten		Anschaffungs-/ Herstellungskosten		Ab- schreibungen (kumuliert)* TEUR	Buchwert		Ab- schreibungen des Geschäfts- jahres TEUR
	01.01.2007 TEUR	Zugänge 2007 TEUR	Abgänge 2007 TEUR	31.12.2007 TEUR		31.12.2007 TEUR	31.12.2006 TEUR	
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE								
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.760	617	0	9.377	6.586	2.791	3.816	1.643
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE GESAMT	8.760	617	0	9.377	6.586	2.791	3.816	1.643
II. SACHANLAGEN								
1. Technische Anlagen und Maschinen	198.502	19.264	51.529	166.237	128.241	37.996	32.721	13.313
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	43.029	2.924	5.338	40.615	32.266	8.349	8.290	2.578
SACHANLAGEN GESAMT	241.531	22.188	56.867	206.852	160.507	46.345	41.011	15.891
III. FINANZANLAGEN								
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.005.549	55.265	63.305	997.509	88.418	909.091	848.050	13.444
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	103.705	21.135	213	124.627	0	124.627	103.705	0
3. Beteiligungen	13.768	29	80	13.717	5.153	8.564	8.615	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.000	0	0	7.000	0	7.000	7.000	0
5. Sonstige Ausleihungen	103	0	10	93	0	93	103	0
FINANZANLAGEN GESAMT	1.130.125	76.429	63.608	1.142.946	93.571	1.049.375	967.473	13.444
ANLAGEVERMÖGEN INSGESAMT	1.380.416	99.234	120.475	1.359.175	260.664	1.098.511	1.012.300	30.978

*) In den kumulierten Abschreibungen wurde eine im Berichtsjahr vorgenommene Zuschreibung (T€20.000) auf Anteile an verbundenen Unternehmen verrechnet

ANHANG DER BILFINGER BERGER AG

Allgemeine Erläuterungen

1. Abschluss nach Handelsrecht

Der Abschluss der Bilfinger Berger AG ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches – unter Beachtung der Regelungen des Aktiengesetzes – aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Um die Übersichtlichkeit zu verbessern, haben wir die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke im Anhang aufgeführt. Weiterhin wurden einzelne Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst; sie sind im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Das handelsrechtliche Bilanzgliederungsschema haben wir um branchenspezifische Posten erweitert. Die sonstigen Steuern werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist demzufolge in Ergebnis vor Ertragsteuern umbenannt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die im Vorjahr angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden unverändert übernommen. Die Bewertung der Vermögens- und Schuldposten trägt allen erkennbaren Risiken nach den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung.

Immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Wertverzehr wird durch planmäßige, steuerlich höchstzulässige Abschreibungen erfasst.

Außerdem nehmen wir außerplanmäßige Abschreibungen, soweit ein niedrigerer Wert geboten ist, sowie steuerliche Sonderabschreibungen vor. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden sofort abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung abzüglich erforderlicher Abschreibungen, angesetzt.

Nicht abgerechnete Bauten werden mit dem Teil der Herstellungskosten, der in direktem Zusammenhang mit der Leistungserstellung auf den Baustellen entstanden ist, zuzüglich steuerlich aktivierungspflichtiger Gemeinkosten aktiviert; Risiken aus schwebenden Geschäften sind durch Abschläge berücksichtigt.

Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder niedrigeren, am Bilanzstichtag beizulegenden Werten angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten angesetzt. Möglichen Risiken haben wir durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Das allgemeine Kreditrisiko ist in Form pauschaler Abschläge berücksichtigt.

Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt zu Anschaffungskosten oder soweit geboten zum niedrigeren Börsenkurs beziehungsweise zum niedrigeren beizulegenden Wert.

Liquide Mittel werden zu Nennwerten bzw. bei Fremdwährungsguthaben zu Devisenmittelkursen am Bilanzstichtag angesetzt.

Die Pensionsrückstellungen sind wie im Vorjahr nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zum Teilwert unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 5 Prozent auf Basis der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck ermittelt.

Der Wertansatz der übrigen Rückstellungen berücksichtigt alle erkennbaren Risiken auf der Grundlage vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung. Die Berechnung der Rückstellungen erfolgt auf Vollkostenbasis.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden mit dem historischen Kurs bewertet, Verluste aus Kursveränderungen sind stichtagsbezogen berücksichtigt. Bei Deckung durch Termingeschäfte wird der Sicherungskurs zugrunde gelegt.

Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Zusammengehörige Grundgeschäfte und Derivate werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst.

Erläuterungen zur Bilanz

3. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Tabelle Entwicklung des Anlagevermögens dargestellt.

Die Angaben nach §285 Nr. 11 und 11a HGB sind in einer besonderen Aufstellung des Anteilbesitzes zusammengefasst. Dieser wird als Bestandteil des Anhangs im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

4. Umlaufvermögen

Die Übrigen Vorräte setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

in T€	31.12.07	31.12.06
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.352	4.118
Geleistete Anzahlungen	8.388	4.399
	12.740	8.517

Zusammensetzung und Fristigkeit der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände:

in T€	31.12.07	31.12.06
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	66.628	79.709
Forderungen an Arbeitsgemeinschaften	46.773	48.840
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	531.211	490.906
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	895	851
Sonstige Vermögensgegenstände	137.122	122.861
	782.629	743.167

Zum 31.12.2007 bestehen keine Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände betreffen insbesondere abgeführte Umsatzsteuer auf erhaltene Abschlags- und Anzahlungen, abgegrenzte Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Termingeldern, Steuererstattungsansprüche sowie andere Forderungen und Vermögensgegenstände außerhalb des Lieferungs- und Leistungsverkehrs.

Der Posten Wertpapiere enthält Anteile an Wertpapierfonds. Ein hierin enthaltener Fonds im Buchwert von 110.037 T€ ist im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) als Planvermögen im Sinne IAS 19.7 auf einen Treuhänder übertragen und darf ausschließlich zur Erfüllung der Pensionsverpflichtungen verwendet werden. Der Marktwert der Wertpapiere am Stichtag beträgt 110.881T€.

Die Liquiden Mittel beinhalten Guthaben bei Kreditinstituten sowie Kassenbestände. Sie sind in Höhe von 795 T€ im Rahmen des oben erwähnten CTA als Planvermögen auf einen Treuhänder übertragen.

5. Eigenkapital

Das Gezeichnete Kapital von 111.588 T€ ist eingeteilt in 37.196.102 Stückaktien zum rechnerischen Wert von 3 € je Aktie.

Es besteht unverändert zum Vorjahr ein genehmigtes Kapital von 34.000 T€ - befristet bis 17. Mai 2011 - zur Ausgabe neuer Aktien gegen Bar- und / oder Sacheinlagen.

Daneben besteht wie im Vorjahr ein bedingtes Kapital von 11.023 T€ zur Gewährung von Aktien bei Ausübung von Wandlungs- oder Optionsrechten aus Schuldverschreibungen.

Hinsichtlich der Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe von Aktien aus genehmigtem Kapital und aus bedingtem Kapital sowie zu den Möglichkeiten zum Rückkauf eigener Aktien verweisen wir auf die Erläuterungen im Lagebericht.

Nach § 21 WpHG wurden der Gesellschaft im Berichtsjahr und bis Ende Januar 2008 folgende Mitteilungen gemacht:

Schroders plc. (Muttergesellschaft) und Schroders Administration Limited (Tochtergesellschaft) sowie Schroder Investment Management Limited (Enkelgesellschaft) jeweils mit Sitz in London/Großbritannien, haben mitgeteilt, dass am 1. August 2007 ihr Stimmrechtsanteil unter 3 % gefallen ist und 2,87 % betrug.

Fidelity International, Surrey/Großbritannien, hat mitgeteilt, dass am 1. Oktober 2007 der Stimmrechtsanteil der FMR Corp. (Fidelity Management and Research Corp., Boston, USA) 4,79% und am 3. Januar 2008 2,72 % betrug.

DJE Investment S.A., Luxemburg/Luxemburg hat mitgeteilt, dass am 18. Oktober 2007 der Stimmrechtsanteil von Dr. Jens Ehrhardt, München und von Dr. Jens Ehrhardt Kapital AG, Pullach, 3,03% betrug.

Deutsche Bank AG, Frankfurt, hat mitgeteilt, dass am 24. Oktober 2007 der Stimmrechtsanteil ihrer Tochtergesellschaft DWS Investment GmbH, Frankfurt, 3,003% betrug.

Artemis Investment Management Limited, Edinburgh/Großbritannien, hat mitgeteilt, dass am 29. Oktober 2007 ihr Stimmrechtsanteil 5,06% betrug.

Barclays Global Investors UK Holdings Limited, London/Großbritannien, hat mitgeteilt, dass am 18. Januar 2008 ihr Stimmrechtsanteil 5,17 % betrug. Die Stimmrechte wurden der Gesellschaft nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 i.V.m. Satz 2 WpHG zugerechnet.

INVESCO Limited, Atlanta Georgia/USA hat mitgeteilt, dass am 25. Januar 2008 ihr Stimmrechtsanteil 3,01 % betrug.

Rücklagen

in T€	31.12.07	31.12.06
II. Kapitalrücklage	522.559	522.559
III. Gewinnrücklagen		
1. Andere Gewinnrücklagen	170.464	170.464
	693.023	693.023

Der Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 46.495 T€ wurde in voller Höhe ausgeschüttet.

6. Rückstellungen

in T€	31.12.07	31.12.06
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	94.833	93.217
Steuerrückstellungen	39.897	37.987
Sonstige Rückstellungen	272.533	338.682
	407.263	469.886

Die Pensionsrückstellungen sind wie im Vorjahr nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zum Teilwert mit einem Rechnungszinsfuß von 5 Prozent auf Basis der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck ermittelt.

Nicht zu passivieren sind Verpflichtungen aus Pensionszusagen der Unterstützungskasse der Bilfinger Berger AG, da die nach dem Teilwertverfahren ermittelten Verpflichtungen durch das vorhandene Kassenvermögen gedeckt werden.

Die Sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Kosten und Risiken der Auftragsabwicklung einschließlich Gewährleistungen und nicht in anderen Bilanzpositionen berücksichtigte drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Prozess- und Länderrisiken, Verwertungsrisiken bei Immobilien, personalbezogene Verpflichtungen sowie sonstige ungewisse Verbindlichkeiten.

7. Verbindlichkeiten

in T€	Restlaufzeit bis zu		
	31.12.07	1 Jahr	31.12.06
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.339	12.339	44.470
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	229.133	229.133	180.486
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	153.320	153.320	177.916
Verbindlichkeiten gegenüber Arbeitsgemeinschaften	118.186	118.186	194.936
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	262.762	262.762	96.729
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.328	2.328	111
Sonstige Verbindlichkeiten	106.404	106.404	100.985
- davon aus Steuern	(47.060)	(47.060)	(31.223)
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(3.644)	(3.644)	(4.925)
	884.472	884.472	795.633

Zum 31.12.2007 bestehen keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

8. Haftungsverhältnisse

Es bestehen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften in Höhe von 1.364.323 (Vorjahr: 1.381.076) T€

9. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

in T€	bis 1 Jahr	2 - 5 Jahre
Operating Leasingverhältnisse		
Minimumleasingzahlung	7.774	6.120
<hr/>		
Weitere finanzielle Verpflichtungen (Miete)	5.012	11.379
<hr/>		
davon entfallen auf verbundene Unternehmen:	2.017	5.417
<hr/>		

Als Beteiligte an Gesellschaften bürgerlichen Rechts sowie im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften haftet die Bilfinger Berger AG gesamtschuldnerisch.

10. Erläuterungen zu derivativen Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden zur Steuerung von Risiken aus Zins- und Währungsschwankungen eingesetzt und dienen ausschließlich Steuerungszwecken. Reine Handelspositionen ohne ein entsprechendes Grundgeschäft werden nicht eingegangen.

Es werden derzeit vorwiegend außerbörslich gehandelte Instrumente wie Devisentermingeschäfte, Devisenoptionen, Zinsswaps und Zinsoptionen eingesetzt.

Von dem Gesamtbetrag der Nominalwerte von 1,5 Mrd. € entfallen 1,4 Mrd. € auf Devisenderivate und 0,1 Mrd. € auf Zinsderivate.

Die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente werden anhand von Marktwerten oder mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmodelle und -methoden ermittelt.

Beizulegende Zeitwerte derivativer Finanzinstrumente

in Mio. €	31.12.200
	7
<hr/>	
Währungsderivate	-4,2
Zinsderivate	-0,5

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

11. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt:

in T€	2007	2006
Umsatzerlöse Inland	903.271	1.088.750
Umsatzerlöse Ausland	136.306	162.708
	1.039.577	1.251.458

Die Umsatzerlöse enthalten abgerechnete Leistungen aus Eigenaufträgen, Lieferungen und Leistungen an Arbeitsgemeinschaften sowie übernommene Ergebnisse aus diesen Gemeinschaftsbaustellen. Wegen dieser Besonderheiten und der nicht kontinuierlichen Umsatzentwicklung durch langfristige Fertigung besitzen die Umsatzerlöse keine Aussagekraft über die im Geschäftsjahr erbrachte Leistung. Im Folgenden geben wir daher eine Übersicht über unsere Leistung in einzelnen Geschäftsfeldern und Regionen.

Geschäftsfelder

Ingenieurbau	686.188	490.776
Hoch- und Industriebau	683.833	698.353
Gesamt	1.370.021	1.189.129

Regionen

Deutschland	973.949	910.413
Europa ohne Deutschland	303.871	210.375
Afrika	6.621	16.664
Asien	85.580	51.677
Ausland	396.072	278.716
Gesamt	1.370.021	1.189.129

12. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten vor allem Buchgewinne aus Anlagenabgängen, Erträge aus der Wertaufholung bei Finanzanlagen, Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen, Kursgewinne, Versicherungsentschädigungen und verschiedene andere Erträge.

13. Materialaufwand

in T€	2007	2006
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	152.206	127.288
Aufwendungen für bezogene Leistungen	599.491	554.497
	751.697	681.785

14. Personalaufwand

in T€	2007	2006
Löhne und Gehälter	216.885	217.353
Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Unterstützung	38.055	37.954
Aufwendungen für Altersversorgung	11.886	24.497
	266.826	279.804

Die Aufwendungen für Altersversorgung waren im Vorjahr durch Einmaleffekte aus der Verringerung des Diskontierungssatzes für die Pensionsrückstellungen von 6 Prozent auf 5 Prozent sowie aus der Übertragung von Pensionsverpflichtungen gegenüber Vorstandsmitgliedern auf einen Pensionsfonds beeinflusst.

15. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen Sachkosten der Verwaltung, Mieten und Pachten, Versicherungsprämien, sonstige Dienstleistungs- und Personalaufwendungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Baurisiken und sonstigen Rückstellungen, Verluste aus Anlagenabgängen und Wertminderungen des Umlaufvermögens. In diesem Posten sind ebenfalls die sonstigen Steuern mit 193 (Vorjahr: 755) T€ ausgewiesen.

16. Ergebnis Finanzanlagen

in T€	2007	2006
Erträge aus Gewinn- abführungsverträgen	87.777	30.094
Aufwendungen aus Gewinnabführungsverträgen	11.621	33.490
Erträge aus Beteiligungen - davon aus verbundenen Unternehmen	24.534 (24.375)	53.614 (53.402)
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens - davon aus verbundenen Unternehmen	333 (333)	341 (341)
	101.023	50.559

17. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Abschreibungen im Berichtsjahr betreffen Anteile an verbundenen Unternehmen.

18. Zinsergebnis

in T€	2007	2006
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40.295	28.843
- davon aus verbundenen Unternehmen	(27.031)	(24.280)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.991	9.018
- davon an verbundene Unternehmen	(12.994)	(2.124)
	23.304	19.825

Sonstige Angaben

19. Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Ehrevorsitzender:

Gert Becker

Bernhard Walter, Vorsitzender

Ehemaliger Sprecher des Vorstands der Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main

Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften: Daimler AG, Stuttgart | Deutsche Telekom AG, Bonn | Henkel KGaA, Düsseldorf | Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen GmbH, Meissen (stellvertretender Vorsitz) | Wintershall AG, Kassel (stellvertretender Vorsitz) | Wintershall Holding AG, Kassel (stellvertretender Vorsitz)

Maria Schmitt, stellvertretende Vorsitzende

Mitarbeiterin der Bilfinger Berger AG, Mannheim

Hans Bauer

Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der HeidelbergCement AG, Heidelberg

Dr. Horst Dietz

Ehemaliger Managing Director der Invest in Germany GmbH, Berlin

Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften: ABB AG, Mannheim

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien anderer in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen: E & Z Industrielösungen GmbH, Duisburg (Vorsitz)

Wolfgang Erdner

Mitarbeiter der Bilfinger Berger AG, Köln

Dr. Jürgen Hambrecht

Vorsitzender des Vorstands der BASF SE, Ludwigshafen am Rhein

Reiner Jäger

Mitarbeiter der Modernbau GmbH, Saarbrücken

Rainer Knerler

Regionalleiter Berlin-Brandenburg der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Prof. Dr. Hermut Kormann

Vorsitzender des Vorstands der Voith AG, Heidenheim

Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften: DIW Industriewartung AG, Stuttgart (Vorsitz)* | SMS Demag AG, Düsseldorf | Universitätsklinikum Ulm | Voith Turbo Beteiligungen GmbH | Heidenheim/Brenz (Vorsitz)*

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien anderer in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen: Voith Paper Holding Verwaltungs GmbH | Heidenheim/Brenz (Vorsitz)* | Voith Siemens Hydro Power Generation Verwaltungs GmbH, Heidenheim/Brenz (Vorsitz)*

Harald Möller

Mitarbeiter der Bilfinger Berger AG, Frankfurt am Main

Klaus Obermierbach

Mitarbeiter der J. Wolferts GmbH, Köln

Thomas Pleines

Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, Vorsitzender des Vorstands der Allianz Versicherungs AG, München

Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften: Vereinte Spezial Versicherung Aktiengesellschaft, München (Vorsitz)*

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien anderer in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen: DEKRA Automobil GmbH, Stuttgart | DEKRA AG, Stuttgart

Friedrich Rosner

Mitarbeiter der Bilfinger Berger AG, Wiesbaden

Udo Stark

Vorsitzender des Vorstands der MTU Aero Engines Holding AG, München (bis 31. Dezember 2007)

Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften: Oystar Holding GmbH, Karlsruhe/Stutensee | Cognis GmbH, Monheim

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien anderer in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen: Prysmian S.p.A., Mailand

Rolf Steinmann

Vertreter der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Bundesvorstand, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Klaus Trützscher

Mitglied des Vorstands der Franz Haniel & Cie GmbH, Duisburg

Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften: Allianz Versicherungs AG, München | Celesio AG, Stuttgart* | TAKKT AG, Stuttgart (Vorsitz)*

Präsidium:

Bernhard Walter
Maria Schmitt
Udo Stark

Prüfungsausschuss:

Udo Stark
Bernhard Walter
Friedrich Rosner

Nominierungsausschuss:

Udo Stark
Bernhard Walter

Ausschuss gemäß § 31 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz:

Bernhard Walter
Maria Schmitt
Udo Stark
Wolfgang Erdner

Die Angaben zu den Mandaten beziehen sich auf den 31. Dezember 2007.

* Konzernmandat

Vorstand

Herbert Bodner, Vorsitzender

Unternehmensentwicklung, Kommunikation, Recht, außereuropäische Beteiligungen

*Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien anderer in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen: Bilfinger Berger Australia Pty. Limited, Sydney (Deputy Chairman)**

Dr. Joachim Ott

Industrial Services, Facility Services, Umwelttechnik, Real Estate Management

Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften: Bilfinger Berger Industrial Services AG, München (Vorsitz) | Babcock Borsig Service GmbH, Oberhausen (stellvertretender Vorsitz)**

Klaus Raps (ab 1. Oktober 2007)

IT-Management, Power Services, außereuropäische Beteiligungen

*Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien anderer in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen: Bilfinger Berger Australia Pty. Limited, Sydney**

Kenneth D. Reid

Betreiberprojekte, Ingenieurbau

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien anderer in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen: Razel S.A., Saclay (Chairman) | Bilfinger Berger Projects S.à.r.l., Luxemburg (Chairman)**

Prof. Hans Helmut Schetter

Personal, Technik, Hochbau, europäische und außereuropäische Beteiligungen

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien anderer in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen: Bilfinger Berger Polska S.A., Warschau (stellvertretender Vorsitz) | Hydrobudowa-6 S.A., Warschau (stellvertretender Vorsitz)* | Fru-Con Holding Corporation, Ballwin/Missouri (Chairman)**

Dr. Jürgen M. Schneider

Bilanzen, Finanzen, Controlling, Investor Relations

Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften: Bilfinger Berger Industrial Services AG, München* | Babcock Borsig Service GmbH, Oberhausen (Vorsitz)*

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien anderer in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen: Bilfinger Berger Australia Pty. Limited, Sydney* | Bilfinger Berger Polska S.A., Warschau* | Dachser GmbH & Co., Kempten (stellvertretender Vorsitz) | Fru-Con Holding Corporation, Ballwin/Missouri* | Hydrobudowa-6 S.A., Warschau*

Die Angaben zu den Ressortzuständigkeiten und zu den Mandaten beziehen sich auf den 31. Dezember 2007.

* Konzernmandat

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands besteht aus mehreren Vergütungsbestandteilen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Komponenten:

- Fixgehälter in Höhe von 2.354 (Vorjahr: 1.831) T€
- Tantiemen in Höhe von 2.896 (Vorjahr: 2.390) T€
- Vergütungen mit langfristiger Anreizwirkung im rechnerischen Wert zum Zeitpunkt der Gewährung von 1.352 (Vorjahr: 1.575) T€
- Sachbezüge in Höhe von 200 (Vorjahr: 110) T€
- Pensionszusagen; für das Berichtsjahr wurden Zahlungen in Höhe von 1.389 (Vorjahr: 839) T€ an externe Versorgungsträger geleistet, denen Rückflüsse an die Gesellschaft von 230 (Vorjahr: 0) T€ gegenüberstehen.

Nähere Einzelheiten einschließlich der individualisierten Bezüge enthält der Vergütungsbericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Die Gesamtbezüge ehemaliger Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 2.438 (Vorjahr: 2.455) T€. Der nach IAS 19 ermittelte Anwartschaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen für diesen Personenkreis beträgt 29.034 (Vorjahr: 32.161) T€. Nach HGB beträgt die Pensionsrückstellung hierfür 24.728 (Vorjahr: 26.876) T€.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats betragen 1.317 (Vorjahr: 1.270) T€ einschließlich des Ersatzes von Aufwendungen von 22 (Vorjahr: 16) T€. Sie sind im Vergütungsbericht individualisiert aufgeführt.

20. Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter

Angestellte	2007	2006
Inland	1.899	1.831
Ausland	355	409
Gesamt	2.254	2.240
Gewerbliche Arbeitnehmer		
Inland	979	1.125
Ausland	855	1.147
Gesamt	1.834	2.272
Mitarbeiter gesamt	4.088	4.512

21. Wirtschaftsprüferhonorare

Die nachfolgend angeführten Beträge betreffen sämtliche Leistungen, die durch die Bilfinger Berger AG an unsere Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers (PwC) und Ernst & Young (E&Y) im Geschäftsjahr 2007 vergeben wurden.

Angaben in T€	PwC	E&Y	Gesamt
1) Abschlussprüfungen Bilfinger Berger AG und Konzernabschluss	448	421	869
2) Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	2	296	298
3) Steuerberatungsleistungen	32	61	93
4) Sonstige Leistungen	133	0	133
Gesamt	615	778	1.393

22. Entsprechenserklärung

Die nach § 161 AktG vorgeschriebene jährliche Entsprechenserklärung wurde am 6. Dezember 2007 von Vorstand und Aufsichtsrat abgegeben und auf unserer Internet-Homepage ab diesem Zeitpunkt den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

23. Gewinnverwendungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, den im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2007 ausgewiesenen Bilanzgewinn von 66.952.983,60 € zur Ausschüttung einer Dividende von 1,80 € je Stückaktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 111.588.306 € (eingeteilt in 37.196.102 Stückaktien) zu verwenden.

Mannheim, 22. Februar 2008

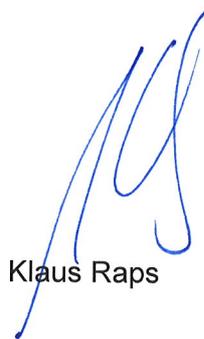
Der Vorstand



Herbert Bodner



Dr. Joachim Ott



Klaus Raps



Kenneth D. Reid



Prof. Hans Helmut Schetter



Dr. Jürgen M. Schneider

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Mannheim, 22. Februar 2008

Der Vorstand



Herbert Bodner



Dr. Joachim Ott



Klaus Raps



Kenneth D. Reid



Prof. Hans Helmut Schetter



Dr. Jürgen M. Schneider

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bilfinger Berger AG, Mannheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Mannheim, 25. Februar 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

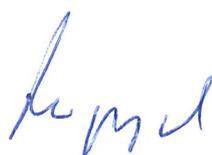
Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Franz Wagner
Wirtschaftsprüfer



Dieter Wißfeld
Wirtschaftsprüfer



Gunther Ruppel
Wirtschaftsprüfer



Thomas Müller
Wirtschaftsprüfer

